

**Vereinbarung über eine
Zusammenarbeit
- Koalition -
zwischen SPD und CDU
in der 16. Wahlperiode
der Seestadt Bremerhaven
2007 – 2011**

Inhalt	Seite
Wirtschaft	3
Finanzen	6
Bildungspolitik	7
Jugend und Familie	9
Arbeit	11
Stadtteile, Bau und Umwelt	13
Bürgerbeteiligung	18
Gesundheit	19
Öffentliche Sicherheit	20
Kultur	22
Sport und Freizeit	23
Frauen	23
Menschen mit Behinderungen	24
Verwaltungsmodernisierung	25
Personal	25
Zusammenarbeit der Koalitionsparteien	26

Wirtschaft

Bremerhaven ist eines der bedeutenden Zentren der maritimen Wirtschaft in Deutschland und Europa. Die Dynamik im Container- und Autoumschlag und in der Logistik haben zu einem wirtschaftlichen Aufschwung geführt, Forschungsinstitute und Hochschule entwickeln sich positiv und haben Ausstrahlung auf weite Bereiche der Wirtschaft, der Tourismus ist zu einem wichtigen Standortfaktor geworden.

Der Strukturwandel in Bremerhaven ist noch nicht abgeschlossen. Es ist in den letzten vier Jahren zu Verbesserungen in den Bereichen Tourismus, Dienstleistungen, Logistik, Häfen und Windenergie sowie Wissenschaft und Forschung gekommen. Aber es sind auch weiterhin Anstrengungen erforderlich, den eingeleiteten Strukturwandel durch öffentliche Infrastrukturmaßnahmen zu begleiten, um dauerhaft zusätzliche möglichst sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt zu stärken.

Da künftig nur noch geringere Mittel für die Wirtschaftsförderung und die wirtschaftsbezogene öffentliche Investitionstätigkeit zur Verfügung stehen, ist eine konsequente Prioritätensetzung, eine Konzentration auf Schwerpunkte und eine Steigerung der Effizienz erforderlich, damit der Standort im nationalen und internationalen Wettbewerb aufgewertet, der Strukturwandel gestaltet werden kann und sich der wirtschaftliche Erfolg noch stärker im Arbeitsmarkt niederschlägt.

1. Das Strukturentwicklungskonzept Bremerhaven 2020 wird bis zum Jahresende in den zuständigen politischen Gremien und Ausschüssen überprüft und überarbeitet. Eine entsprechende Prioritätensetzung ist nach Befassung in den politischen Gremien herbeizuführen.
2. Die Koalitionspartner bekennen sich zum Ausbau einer leistungsgerechten Hafeninfrastruktur und leistungsfähigen Verkehrserschließungen des Hafens, wozu für uns auch die Vertiefung der Außenweser und Unterweser, Ausbau der Mittelweser sowie die Realisierung der Küstenautobahn A22 gehört.
3. Die Koalitionspartner werden sich für eine leistungsfähige Hafenanbindung einsetzen. Nach Abschluss der Prüfungen werden wir die Varianten bewerten und eine Entscheidung treffen.
4. Bis zum Jahresende wird ein integriertes Flächenprogramm für die Stadt Bremerhaven unter Einbeziehung der stadtbremischen und der landeseigenen Flächen und Flächenpotentiale in Kooperation mit den zuständigen Senatsressorts erstellt. Hierbei sind insbesondere Potentiale, die im Zusammenhang mit der Entwicklung Bremerhavens als Logistikstandort und als bedeutender Standort für die Offshore-Windenergie stehen, herauszuarbeiten.
5. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft befindet sich insbesondere mit der Hochschule Bremerhaven und dem AWI auf einem sehr guten Weg. Wir wollen diese Vernetzung weiter stärken. Die Koalitionspartner erwarten von der Landesregierung einen weiteren Ausbau der Hochschule, mehr Professorenstellen, eine auskömmliche Finanzierung und insbesondere eine Ausfinanzierung des gemeinsamen Instituts von Hochschule und AWI,

IMARE. Wir halten am Ziel eines mittelfristigen Ausbaus der Studierendenzahlen auf 4.000 fest.

6. Mit der Entwicklung einer FuE-Zone im Bereich der Fischereihafendoppelschleuse erhält das AWI weitere Entwicklungsperspektiven. Die Koalitionspartner erwarten, dass der Magistrat in Kooperation mit den zuständigen Senatsressorts bis zum Jahresende ein tragfähiges Konzept für den Bereich vorlegt, der ebenfalls eine unter Stadtentwicklungsgesichtspunkten notwendige Öffnung und Gestaltung zu den angrenzenden Wohnbereichen eröffnet.
Der Fischereihafen ist nach wie vor das größte zusammenhängende und wichtigste Gewerbegebiet Bremerhavens. Es muss weiterentwickelt werden. Entsprechende Konzepte sind im Rahmen der weiteren Entwicklung der Windenergieindustrie zu erarbeiten.
Die Attraktivität des Schaufensters Fischereihafen wird durch die zügige Realisierung des Masterplans Schaufenster Fischereihafen verbessert.
Bremerhaven wächst zum norddeutschen Zentrum für Offshore-Windenergie. Die geplanten Windparks stellen eine große Chance für Bremerhaven dar. Wir haben in den vergangenen Jahren die erforderliche wissenschaftliche Infrastruktur geschaffen und werden schon vorhandene Kompetenzen auf privater und öffentlicher Seite weiter bündeln und ausbauen. Wir setzen uns für die Schaffung eines Zentrums für Windenergie und Meerestechnik sowie für eine verstärkte Nutzung von Solartechnik ein.
Die Fisch- und Lebensmittelindustrie ist ein erfolgreiches und zukunftssicheres Standbein mit enormem Beschäftigungspotential. Die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereiches wollen wir auch weiterhin aktiv begleiten. Nach der erfolgreichen Einführung der „Blauen Biotechnologie“ wollen wir dieses Standbein weiter konsequent ausbauen und damit Bremerhavens führende Rolle in der wirtschaftlichen Nutzung maritim-biologischer Prozesse festigen.
In den vergangenen Jahren haben wir den Regionalflughafen bedarfsgerecht weiterentwickelt. Er hat für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort eine große Bedeutung.
7. Zur Flankierung des Stadtmarketings und der Imagebildung bedarf der Spitzensport (Fishtown Pinguins, Eisbären Bremerhaven und TSG Bremerhaven) einer gesonderten Unterstützung. Wir begrenzen den Zuschuss auf das Ist der Saison 2006/2007.
Mit der Fertigstellung des Eisstadions erwarten wir eine weitere Absenkung des Zuschusses für den Eishockeysport.
8. Die Koalitionsparteien werden über die Nutzung des ehem. „Nordsee-Hotels“ bis zum Ende des Jahres entscheiden, in der Zwischenzeit werden wir noch einen Vermarktungsversuch unternehmen.
9. Zur Entwicklung und Erschließung des Geeste-Metallbaugeländes wird bis zum Jahresende ein tragfähiges Konzept vorgelegt.
10. Das Philips-Field wird entsprechend der von der BIS erteilten Zusage zur Errichtung eines integrierten Nahversorgers veräußert. Erwartet werden 70 bis 80 neue Arbeitsplätze sowie 300 Parkplätze als Ersatz für weggefallene Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätze. Der Verkaufserlös wird zur Hälfte für

die Investition am Sportgarten zur Verfügung gestellt, die andere Hälfte wird dem Haushalt zugeführt.

11. Die Stadthalle als Veranstaltungszentrum für die gesamte Unterweserregion mit ihrem breit gefächerten Veranstaltungsangebot, insbesondere Ball- und Tanzsportarten, Konzerten und Ausstellungen ist für Bremerhaven weiterhin von zentraler Bedeutung.
12. Angesichts knapper werdender Fördermittel werden wir überprüfen, inwieweit sich die in den vergangenen Jahren gegründeten Gesellschaften entwickelt und bewährt haben. Der wirtschaftspolitischen Willensbildung der dafür demokratisch legitimierten Gremien der Stadtverordnetenversammlung soll in Zukunft eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Wesentliche Projekte im Bereich der Wirtschaftsförderung, auch drittmittelfinanzierte (Land/Bund/EU) sind vor Beantragung umfassend in den zuständigen Ausschüssen zu erörtern und zu beschließen, um so eine breite Akzeptanz und größere Transparenz für unseren politischen Kurs zu erzeugen.
13. Beim Zoo am Meer wird bis zum Jahresende anstelle des Beirats ein eigenständiger Aufsichtsrat eingerichtet.
14. Die Controllingberichte von Seestadt-Immobilien und der BIS werden um den Punkt „aktueller Stand der Grundstückserlöse und deren Verwendung“ ergänzt.
15. Die Bremerhavener Werften sind unverzichtbarer Bestandteil der maritimen Wirtschaft. Zur Weiterentwicklung und Absicherung wird der Bremer Senat einen Innovationsplan vorlegen. Kernpunkte werden Forschungs- und Entwicklungspotentiale der Bremerhavener Werften sein. Für die Schlickproblematik, auch bei Betreuung der Docks, ist in enger Abstimmung mit den Hafennutzern im Rahmen des Innovationsplanes eine Lösung herbei zu führen.
16. Wir setzen auf die Weiterentwicklung des maritimen Netzwerks im Bereich Klimaforschung als eigenständiger Schwerpunkt (Bremerhaven als Zentrum der Klimaforschung). Eine entsprechende Entwicklungskonzeption ist zu erarbeiten und mit Land und Bund abzustimmen. Dazu ist eine enge Verbindung mit dem Science Center Klimahaus im Bereich Alter/Neuer Hafen als publikumsorientierte Einrichtung herzustellen.
17. Die Region Bremerhaven/Cuxhaven/Wesermarsch muss in der Metropolregion Bremen/Oldenburg weiter abgesichert und gestärkt werden. Hierzu sollen geeignete Felder für eine Verstärkung der Kooperation und regionalen Zusammenarbeit mit dem umliegenden Landkreis Cuxhaven identifiziert werden.
Ansatzpunkte könnten sein:
 - Kampagne „Wirtschaftsförderung für die Gesamtregion Bremerhaven/Cuxhaven“
 - Entwicklung eines gemeinsamen Tourismuskonzeptes,
 - Herausstellung der gemeinsamen regionalen Stärken und Strukturthemen in den Bereichen

Ernährungswirtschaft/Lebensmittelverarbeitung, Energie/Wind sowie Logistik/Häfen.

Finanzen

Die Fortführung der Konsolidierung der Bremerhavener Haushalte ist eines der wichtigsten Ziele in der neuen Wahlperiode. Dazu wird die Klage der Freien Hansestadt Bremen vor dem Bundesverfassungsgericht auf Gewährung weiterer bundesstaatlicher Hilfen mit möglichst weit reichenden eigenen Anstrengungen der Stadt Bremerhaven unterstützt. Die Verabredungen dieser Koalitionsvereinbarung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

1. Es soll geprüft werden, ob eine Neuordnung der städtischen Gesellschaften sinnvoll ist.
2. Die Angleichung aller Gesellschaftsverträge mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt Bremerhaven soll unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Aufgabenstellung der unterschiedlichen Gesellschaften an den Mustergesellschaftsvertrag umgesetzt werden. Dabei werden die Rechte der Arbeitnehmer nicht eingeschränkt.
3. Es soll geprüft werden, ob die Verträge mit den Geschäftsführern der Eigengesellschaften (ggf. auch die AT-Verträge mit Betriebs- und Amtsleitern) künftig um leistungsbezogene Anteile ergänzt werden können.
4. Bei der BBU steigt der Zuschussbedarf aufgrund geänderter Förderkulissen. Es ist daher zu prüfen, ob durch Aufgabenoptimierung bei der BBU die strukturellen Probleme der BBU zurückgeführt werden können.
5. Anlässlich der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und den damit verbundenen Kostenerstattungen des Landes für investive Ausgaben der Polizei Bremerhaven wird der Magistrat mit dem Senat bezüglich einer mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 beginnenden Regelung zur Abrechnung und Darstellung der Investitionsausgaben in Verhandlung treten. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob die Schaffung eines Sondervermögens oder Wirtschaftsbetriebes für Investitionen der Polizei analog Bremen für Bremerhaven sinnvoll ist.
6. Die Fehlbedarfe der Bädergesellschaft sind seit ihrer Gründung erheblich haushaltsbelastend angestiegen. Es ist daher zu prüfen, ob eine Rückführung der Bäder in die Ämterstruktur haushaltsentlastende Wirkung hätte.
7. Es ist zu prüfen, inwieweit die Einführung einer zentralen Buchhaltung unter ProFiskal die Qualität des Buchungsgeschäftes steigern sowie den insgesamt erforderlichen Aufwand kostensenkend reduzieren wird.

Bildungspolitik

Mehr Geld für Bildung

Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung sind eine Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft. Schwerpunkt unserer Arbeit muss es daher sein, die noch bestehende Abhängigkeit zwischen der sozialen Stellung der Eltern und dem Schulerfolg der Kinder aufzubrechen. Deshalb werden wir unsere Priorität für Bildung durch einen höheren Ressourceneinsatz hinterlegen.

Dies geschieht auf Landesebene gemeinsam mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft. Das Schulamt erhält ein zusätzliches Budget von 1 Mio. Euro per anno für die Möglichkeit, außerunterrichtliches Personal in sozialen Brennpunkten einzusetzen. Dieser Betrag soll im Haushalt mit einem gesonderten Haushaltsvermerk ausgewiesen werden.

Der Wirtschaftsplan der GmbH „Schule für alle“ ist vor Verabschiedung im Aufsichtsrat dem Schulausschuss zur Bewilligung vorzulegen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche so lange wie möglich gemeinsam lernen. Unter Zuhilfenahme externer Beratung wird ein Schulentwicklungsplan erarbeitet, der für die nächsten 10 Jahre aufzeigt, wie in Bremerhaven das Ziel einer gemeinsamen Schule von 1 – 9/10 schrittweise umgesetzt werden kann. Dabei ist u. a. auch zu prüfen,

- wann und wie die Einführung eines flächendeckenden 6-jährigen Lernens vorgezogen möglich ist.
- wie die Lernbehinderungen, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefizite durch integrative oder kooperative Ansätze aufgefangen werden können.
- wie die Anschlüsse an die gemeinsame Schule gestaltet werden sollen.
- welche weiteren Gesamtschulen eingerichtet werden sollen.
- mit welchen zusätzlichen Kosten bei den einzelnen Maßnahmen zu rechnen ist.

Die Bereiche, die bei den jüngsten Kindern ansetzen und damit am erfolgreichsten Nachteile durch Herkunft abbauen können und den Bildungserfolg insgesamt erhöhen, erhalten größere Unterstützung. Die Grundschulen werden so schnell wie möglich in gebundene Ganztagschulen umgewandelt, beginnend mit der Lutherschule. Wir werden jährlich eine weitere gebundene Ganztagschule im Primarbereich einrichten. Dies erfolgt unter Einbeziehung der Sozialindikatoren der jeweiligen Stadtgebiete. Die Klassenfrequenzen in der Grundschule werden abgesenkt. Neben einer qualifizierten Vertretungsreserve richten wir eine Frühbetreuung ein, die ggf. auch für den Unterrichtsausfall der ersten Stunde genutzt wird. Die Schulleitungen werden stärker unterstützt.

Im Sinne einer Entwicklung von gerechteren Bildungschancen werden wir die Stadtteile und Schulstandorte mit vielen Migranten und Migrantinnen, einer größeren

Anzahl von langzeitarbeitslosen Eltern oder Alleinerziehenden stärker finanziell unterstützen als andere.

Die Sekundarschulen werden in den Klassen 9 und 10 durch eine berufliche Ausrichtung gestärkt. Dies geschieht zunächst exemplarisch an den Standorten BÜCHNER II und IMMANUEL-KANT. Die Gesamtschulen werden so gestärkt werden, dass sie eine echte Alternative werden. Mindestens eine weitere Gesamtschule wird eingerichtet.

Die schwierige Situation in Lehe (Lessing-, Gauß-, Schule am Leher Markt) bedarf einer schnellen Lösung. Bis zum Jahresende wird das Schulamt ein Konzept entwickeln, unter Einbeziehung der Standorte Pestalozzi-, Lessing- und Geschwister-Scholl-Schule. An der Johann-Gutenberg-Schule wird ein bilinguales Angebot an der gymnasialen Abteilung eingerichtet.

Wegen ihrer zentralen Bedeutung werden wir die berufliche Bildung in Bremerhaven stärken. Die begonnene Umstrukturierung der beruflichen Bildung durch Lernfelder wird durch die Schaffung angemessener Lernumgebungen und personeller Ausstattung unterstützt. Die Angebote der beruflichen Schulen werden weiter entwickelt z.B. durch Einrichtung Beruflicher Gymnasien, neuer Berufsfachschulen und dem Ausbau der Verbundausbildung u. a. durch die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen Strukturen der Ausbildungspartnerschaft Berufskraftfahrer.

Wir akzeptieren keine Warteschleifen an beruflichen Schulen. Alle Angebote müssen zu einer allgemeinen oder beruflichen Höherqualifizierung führen oder eine Anerkennung auf die spätere Ausbildungszeit ermöglichen. Die berufsqualifizierenden Angebote werden überprüft und neu ausgerichtet.

In einer neuen Struktur werden die Gewerblichen Lehranstalten (GLA) und die Werkstattschule nach fachlichen Gesichtspunkten gegliedert. Dabei wird die Notwendigkeit eines neuen Qualifizierungs- und Ausbildungszentrums geprüft. Es ist zu prüfen, ob die Bachmannhallen unter Erhaltung der historischen Bausubstanz als Standort in Frage kommen. Künftig soll es im Bereich der beruflichen Bildung eine engere Kooperation der GLA und der Berufliche Bildung Bremerhaven (BBB) geben. Das berufliche Gymnasium für Lebensmitteltechnologie wird durch ein technisch-berufliches Gymnasium ergänzt, so dass neben dem Profil Lebensmitteltechnologie auch die Bereiche Elektrotechnik/Informatik und Maschinenbau/Anlagenbau abgedeckt werden können.

Die Bereiche, die zur Hochschule führen, sind insgesamt auszubauen und durch neue schulische Berufsabschlüsse zu ergänzen.

Es gibt in Bremerhaven zu wenige Ausbildungsplätze. Hier nehmen wir die Wirtschaft und die Gewerkschaften im Rahmen des Bündnisses für Arbeit in die Pflicht, mit uns gemeinsam Angebote zu entwickeln, die allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit eröffnen. Die vorliegenden Konzepte zur Doppelbesetzung von Ausbildungsplätzen und die Einführung einer flächendeckenden Einführung einer Berufsfachschule für das erste Ausbildungsjahr werden dabei berücksichtigt. Auch wollen wir in den kommenden vier Jahren noch mehr für Ausbildung in den Häfen tun.

Die Einrichtung außerbetrieblicher Maßnahmen für die Menschen, die trotz aller Bemühungen keinen Ausbildungsplatz erhalten, werden wir ausweiten.

Der Bereich Weiterbildung und Neupositionierung der VHS wird unter den Fragestellungen Fortbildung für den Kommunalbereich, Ausbau des Grundbildungsbereiches und der möglichen Verbindung zu den Schulen und zum LFI geprüft.

Die Sanierung der Schulen ist fortzusetzen.

Jugend und Familie

Bremerhaven soll auch zukünftig eine lebenswerte Stadt für junge Menschen sein. Kinder und Jugendliche stehen daher im Mittelpunkt unserer Politik. Wir messen ihnen einen hohen Stellenwert bei. Es ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren und Chancengleichheit herzustellen.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben wird durch die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sowohl für Kinder als auch für Eltern gefördert. Die negativen Folgen der Isolation von Familien sind in den letzten Jahren sehr deutlich geworden. Die Kindertagesstätten sollen sich daher zu attraktiven Orten der Familien weiter entwickeln.

Die Familien einschließlich Alleinerziehende mit Kindern stehen im Mittelpunkt unserer zukünftigen Arbeit in den Stadtteilen, um die Lebenssituationen in den Familien/bei den Alleinerziehenden positiv zu gestalten.

Die nachfolgend vorgesehenen Maßnahmen können nicht in einem Schritt eingeführt werden. Daher ist ein Stufenplan zu erarbeiten, in dem die einzelnen Ausbauschritte für die nächsten 4 Jahre festzulegen sind. Schwerpunkt im ersten Schritt bilden alle Maßnahmen in den sozial benachteiligten Stadtteilen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mit dem Bildungsbereich ist eine projektbezogene verbindliche Zusammenarbeit durchzuführen, um Brüche zwischen dem Elementar- und Primarbereich zu vermeiden.

Wir streben an, die weitere Qualifizierung und Rekrutierung von Beschäftigten in Zusammenarbeit mit der Arbeitsförderung und Beschäftigungsträgern auszubauen. Dieses wurde bereits in der Vergangenheit erfolgreich umgesetzt.

1. In folgenden Bereichen ist das System der **Kindertagesstättenbetreuung** weiter zu entwickeln:
 - Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren werden bis zu einer Versorgungsquote von 20% bis 2010 ausgebaut. Notwendige bauliche Maßnahmen (Investitionen) – insoweit nicht Drittmittel genutzt werden können – werden über den Betrieb Stadtfinanz finanziert und über den Betrieb Seestadt Immobilien umgesetzt.

- Die Betreuungszeiten für Kinder zwischen drei bis sechs Jahren werden schrittweise auf sechs Stunden täglich (inklusive Mittagsverpflegung) ausgeweitet und hierbei die Öffnungszeiten für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angepasst.
- Für die Kinder, die aufgrund berücksichtigungsfähiger Einkommensverhältnisse berechtigt sind, ohne Beiträge die Kindertagesstätten zu besuchen, wird das Angebot um eine Mittagsverpflegung ergänzt.
- Die Sprachförderung wird ab dem dritten Lebensjahr intensiviert.
- Unter der Voraussetzung, dass das Land die gesetzlichen Voraussetzungen schafft, werden wir ein verpflichtendes und beitragsfreies drittes Kindergartenjahr einführen.
- Wir werden die Kindertagesstätten in den Stadtteilen mit einem höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten, Langzeitarbeitslosen oder Alleinerziehenden mit mehr Personal ausstatten.
- Die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten ist den gestiegenen Anforderungen entsprechend zu verbessern.
- Wir werden uns gegenüber dem Land Bremen für eine verbesserte Erzieher-/Erzieherinnen-Ausbildung einsetzen.

2. Familien und Eltern

- Kinder sind vor Vernachlässigung und Misshandlungen zu schützen. Das Hilfesystem ist entsprechend weiter zu entwickeln.
- Die präventiven Hilfen sowohl bei der Kinderbetreuung als auch beim Kinderschutz einschließlich der Einzelfallhilfe sollen erweitert werden. Das finnische Modell „Neuvola“ wird erprobt. Dieses Modell sieht eine sechsjährige Betreuung vor, in der speziell ausgebildete Fachkräfte werdende Mütter und ihr dann geborenes Kind bis maximal zum Eintritt in die Schule begleiten. Darüber hinaus wird das Amt für Jugend und Familie mit dem Gesundheitsamt eine gemeinsame Clearingstelle einrichten, die die Hochrisikofamilien nach der Geburt identifiziert und betreut. Dieser frühzeitige Zugang und die durchgängige Betreuung von Risikofamilien vermeiden Langzeitdefizite und sichern das Kindeswohl. Dabei wird ein Netzwerk mit den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten eingerichtet.
Bis zum Ende des Jahres 2007 wird das Amt für Jugend und Familie den zuständigen Ausschüssen ein Konzept zur Beschlussfassung vorlegen.
- Die gesellschaftliche Integration von Migranten- und Zuwandererfamilien ist zu stärken. Dies gilt insbesondere für das Lernen der deutschen Sprache. Wir wollen Projekte zur Vorbereitung auf den Schulbesuch unterstützen. Dazu ist spätestens ein Jahr vor dem Schuleintritt ein Sprachtest durchzuführen.

- Wir werden die erfolgreiche Arbeit der Elternschule in Lehe auf andere Stadtteile ausweiten.
- Das Forum „Familienfreundliches Bremerhaven“ wird weiter unterstützt.
- 3. Mit vorhandenem Personal wird für Bremerhaven ein **Spielleitplan** erstellt, der sicherstellen soll, dass allen Kindern ausreichender, kindergerechter und sicherer Spiel-, Freizeit- und Bildungsraum zur Verfügung steht.
- 4. Es wird ein **Sportgarten** im Bereich des Geestebogens eingerichtet.
- 5. Die **außerschulische Jugendbildung** werden wir intensivieren. Neben der Weiterentwicklung der Mädchenarbeit setzen wir uns für die Entwicklung von Konzepten zur Jungenarbeit ein.
- 6. Die **Jugendherberge Wüstewohlde** dient auch gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien als Ort der Begegnung – auch mit ihren Eltern -, um soziale Verbände zu stärken.

Arbeit

Die Stadt Bremerhaven gehört im bundesweiten Vergleich nach wie vor zu den Krisenarbeitsmärkten mit Massen-(Langzeit-)arbeitslosigkeit und erheblichen, verfestigten Strukturproblemen. Je länger Arbeitslosigkeit dauert, desto schwieriger wird es, die betroffenen Menschen beruflich zu (re-)integrieren und desto größer und damit kostenintensiver wird der dafür zu betreibende Aufwand.

Die dauerhafte Ausgrenzung einer großen Anzahl von Menschen bedeutet für die Stadt Bremerhaven eine erhebliche finanzielle Belastung aus den kommunalen Aufgaben des SGB II und Steuermindereinnahmen auf Grund von Arbeitslosigkeit.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik ist notwendig, um die Folgen und Kosten von Arbeitslosigkeit und ungenutzten Beschäftigungspotentialen zu minimieren. Sie sollte dort fördernd eingreifen, wo andere Programme und Instrumente fehlen oder nicht ausreichen und sollte eigene Akzente bei der Arbeitsmarktintegration benachteiligter Personengruppen setzen.

Vor diesem Hintergrund sollten ab 2008 folgende Förderschwerpunkte verfolgt werden:

1. Arbeitsmarktprojekte im Bereich Beratung, Beschäftigung und Qualifizierung, durch die Drittmittel nach Bremerhaven geholt werden

Die Mittel der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds ESF, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung EFRE) werden grundsätzlich ergänzend zu nationalen Förderungen gewährt. Die finanziellen Beteiligungen der Mittelgeber reichen jedoch oftmals nicht aus, um die nationale Finanzierung darzustellen. Hier wären zur Bindung aller Drittmittel ergänzende städtische Mittel notwendig. In den vergangenen Jahren hat die kommunale Förderung zum Beispiel maßgeblich dazu

beigetragen, den Umbau der ehemaligen Theodor-Storm-Schule zum „Haus der Arbeit, Familie und Kultur“ als Kohärenzprojekt zu ermöglichen.

2. Programm zur Flankierung längerfristiger Beschäftigungsangebote für langzeitarbeitslose ALG-II-Bezieher und Bezieherinnen, die absehbar nicht in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden können

In der Arbeitsvermittlung muss immer wieder festgestellt werden, dass Arbeitsfähigkeit nicht zugleich Vermittlungsfähigkeit bedeutet. Es gibt eine erhebliche Anzahl von Personen, die hoch motiviert sind und unbedingt arbeiten wollen, auf dem 1. Arbeitsmarkt aber aufgrund so genannter multipler Vermittlungshemmnisse auf absehbare Zeit keinerlei Perspektive haben.

Für den Personenkreis der absehbar nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integrierbaren Personen über 25 Jahre sollten längerfristige Beschäftigungsangebote bereit gestellt werden. Vorgeschaltet werden sollte ein qualifiziertes und nachprüfbares Profiling, das erhebt, welche Integrationsmaßnahmen bisher absolviert wurden und warum sie erfolglos blieben.

Bei Inhalt und Umfang der städtischen Förderung sollte berücksichtigt werden, welche Fördermodalitäten das entsprechende Bundes- oder Landesprogramm vorsieht, um ergänzende Bedarfe formulieren zu können.

3. Stadtteilentwicklungs-Projekte

a) Arbeitsmarktprojekte in benachteiligten Stadtteilen

In Bremerhaven haben sich in den letzten Jahren Stadtteile mit einer hohen Konzentration ökonomischer und sozialer Problemlagen herausgebildet (z.B. Lehe, Leherheide, Grünhöfe). Gute Erfahrungen mit Stadtteilarbeit in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziales sind dort bereits mit dem Dienstleistungszentrum Grünhöfe oder dem Activity-Center Lehe gemacht worden. Diese Ansätze sollen systematisch ausgebaut und weiter entwickelt werden.

Die besonders betroffenen Stadtquartiere sollen identifiziert und für jedes Quartier ein integriertes Konzept mit Handlungsvorschlägen erarbeitet werden. Eine zentrale Rolle wird in Lehe das „Haus der Arbeit, Familie und Kultur“ einnehmen. Bei der Etablierung der verschiedenen Nutzungen im Haus sollen städtische Arbeitsmarktmittel flankierend eingesetzt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt wird Leherheide bilden. Für Leherheide sollen analog zu Lehe Arbeitsmarktprojekte neu entwickelt und mit städtischer Förderung umgesetzt werden.

b) Kommunales Programm „Wohnen in Nachbarschaften“

In der Stadt Bremen wird bereits seit mehreren Jahren das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) erfolgreich umgesetzt. Anknüpfend an die Bremer Erfahrungen soll in Bremerhavener Stadtteilen mit städtischen Mitteln ein eigener Programmschwerpunkt „Wohnen in Nachbarschaften“ aufgelegt werden. Dieser Schwerpunkt zielt darauf ab, in den Stadtteilen kleine Projekte im Bereich von Arbeitsmarkt, Soziales, Kultur zu initiieren und die Selbsthilfe und Vernetzung zu fördern. Für das Programm sollen Richtlinien erarbeitet werden, die Grundlage für

die Bewilligung sind und Vorgaben für Inhalt und Ausgestaltung der Projekte machen. Für die Konzeptionierung und Umsetzung dieses Förderschwerpunkts ist gegebenenfalls zusätzliches Personal erforderlich, das aus Programmmitteln finanziert werden soll.

Darüber hinaus muss das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ vor Ort bekannt gemacht und umgesetzt werden. Es sollen die Entwicklungsprozesse in den Stadtquartieren eingeleitet, potentielle Träger angesprochen, informiert und beraten sowie neue Akteure gewonnen werden.

4. Personalkosten für Anleitungs- und Regiepersonal bei Beschäftigungsträgern

Beschäftigungsträger stellen sicher, dass über Instrumente wie ABM oder Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) Beschäftigungsmöglichkeiten für (Langzeit)-Arbeitslose angeboten werden, die den Teilnehmern und Teilnehmerinnen durch begleitende Qualifizierung, sozialpädagogische Betreuung und gezielte Personalentwicklung Übergänge in den 1. Arbeitsmarkt ermöglichen. Die bisherigen reichen oft nicht aus, um eine dauerhafte Absicherung der vielfältigen Aufgaben auf hohem Qualitätsniveau zu gewährleisten. Hier wird flankierend eine städtische Förderung eingesetzt, die an ein besonderes städtisches Interesse gebunden wird.

5. Entwicklung oder Fortführung bewährter Modell-Projekte

Bisher städtisch geförderte Projekte sollen ausgewertet und ggf. weiter entwickelt werden. Bei weiter bestehendem Bedarf und entsprechenden Erfolgen sollen sie fortgeführt werden.

6. Kommunale Arbeitsmarktpolitik im Zusammenspiel mit der ARGE Job-Center Bremerhaven

In der kommenden Legislaturperiode soll der kommunale Einfluss innerhalb der ARGE Job-Center Bremerhaven verstärkt werden. Das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit bis Ende 2007 einen Planungsvorschlag für das Arbeitsmarktprogramm 2008 der ARGE Job-Center Bremerhaven vorzulegen.

Stadtteile, Bau und Umwelt

Unser Bremerhaven – lebenswerte Stadtteile

Wir wollen in der kommenden Wahlperiode unser Augenmerk besonders auf die Entwicklung der Stadtteile richten. Die Lebensqualität und die Identität unserer Stadt werden durch die Situation in den Stadtteilen geprägt.

Bei allen Maßnahmen gilt folgendes Prinzip: „Bürgerbeteiligung, Umweltverträglichkeit und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind bei unserer Bau-, Verkehrs- und Umweltpolitik zu berücksichtigen!“

Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen wollen wir weiterentwickeln, die erfolgreichen Projekte aus dem Urban-II-Programm in Lehe sollen fortgesetzt werden.

Der Problematik der Leerstände in den Stadtteilen soll effektiv begegnet werden.

Maßnahmen:

- Wir werden unsere Stadtplanung fortsetzen, die die Stadtviertel durch Modernisierung, Attraktivierung und Rückbau stärkt. Die Wohnungswirtschaft (besonders die stadt-eigene Stäwog und die Gewoba) wollen wir mit ihren Möglichkeiten und Kompetenzen konzeptionell einbeziehen.
- Dabei muss vor allem der demographische Wandel berücksichtigt werden. Neue Wohnformen und geeigneten Wohnraum für den wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung, aber auch Wohnformen zwischen Alt und Jung wollen wir unterstützen.
- Fortführung des Gebäudesanierungsprogramms:
Das jährliche Sanierungsprogramm soll im Rahmen der verbleibenden Möglichkeiten des Haushaltes fortgeführt werden, um den Sanierungsstau langfristig aufzulösen und den städtischen Einrichtungen und deren Nutzern ein zweckentsprechendes Raumumfeld zu bieten.
- Fortführung der Gebäudeoptimierung insbesondere durch Dienstleistungszentren:
Um das vorgenannte Sanierungsprogramm auf die künftig notwendigen Gebäude beschränken zu können, ist die bisher durch Seestadt Immobilien in enger Zusammenarbeit mit den Dezernaten und Nutzern erreichte Reduzierung der städtisch genutzten Gebäude und Grundstücksflächen fortzuführen. Dabei ist die erfolgreiche Einrichtung von Dienstleistungszentren fortzusetzen (räumliche Zusammenführung von öffentlichen Aufgaben in ein Gebäudekomplex – wie Karl-Marx-Schule mit Schule, Freizeithaus, Kindertagesstätten oder Haus für Jugend und Familie und Stadthäuser).

Die Stadtteile sind das Rückgrat Bremerhavens

In diesem Sinne soll in den nächsten Jahren ein besonderer Schwerpunkt auf die Stadtteile gelegt werden. Folgende Maßnahmen wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren:

- Der gut organisierte Bremerhavener Personennahverkehr muss den wechselnden Bedürfnissen der Bevölkerung in den Stadtteilen regelmäßig angepasst werden.

- Mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir verstärkte Anstrengungen zur Sauberhaltung ihrer Stadtteile initiieren.
- Planerische Entwicklung einer Mehrgenerationenhaus-Konzeption an exponierten Stellen wie dem Geestebogen zwischen Eishalle und Hafensstraße.
- Es soll ein Konzept für ein Immobilienmanagement schwerpunktmäßig mit einem Pilotprojekt im Stadtteil Lehe zur Erhaltung und Renovierung der historischen Bausubstanz der Gründerzeit entwickelt werden, dass vor allem interessierte Immobilienbesitzer, aber auch Immobilienkäufer professionell informiert und betreut.
- Das Freibad Grünhöfe bleibt erhalten und wird zusammen mit dem Förderverein weiterentwickelt.
- Städtebauliche Planung für das Geeste-Ufer unter Einbeziehung des Kistnergeländes im Bereich vom Autobahnzubringer Mitte bis zur Stadthalle, die die attraktive Lage am Wasser auch auf lange Sicht nachhaltig berücksichtigt und der exponierten Lage in unserer Stadt besonders Rechnung trägt. Hierbei soll vor allem das Wohnen am Wasser und die Ansiedlung von Dienstleistungsgewerbe sowie der Erholungswert für die Bevölkerung berücksichtigt werden.
Das Nordseemuseum wird im Kalksandsteinwerk auf dem ehemaligen Kistnergelände eingerichtet. Hierfür werden über Stadtfinanz bis zu 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Der Magistrat wird aufgefordert, Drittmittel einzuwerben. Als Eigentümer der Sammlung soll mit dem Senat der Freien Hansestadt Bremen über eine Mitfinanzierung verhandelt werden.
- Der neue Senat beabsichtigt, dass in Bremerhaven verstärkt Mittel der Europäischen Strukturfonds für Investitionen im Stadtteil eingesetzt werden sollen. Hierzu sind vom Magistrat bis Ende 2007 entsprechende Projekte zu entwickeln. Dazu sollen gehören: die Entwicklung des Kistnergeländes und das Freibad Grünhöfe sowie die Entwicklung weitere Projekte unter Einbeziehung der Bevölkerung in den Stadtteilen.
- Zur Steigerung der Wohnqualität in den einzelnen Stadtteilen werden wir weitere Lärmschutzmaßnahmen im Bereich von Straßen initiieren. Wir werden entsprechende Anträge bei dem Straßenbaulastträger und der Deutschen Bahn stellen (z. B. Grimsbystraße).

Straßenbau und Straßensanierung

Wir wollen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten die Sanierung weiterer Straßen unserer Stadt umsetzen.

Vor Planungsbeginn sollen Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Planungsvorhaben informiert und an den Planungen beteiligt werden. Dieses gilt insbesondere für den Aus- und Umbau von Wohnstraßen.

Die uneingeschränkte Durchfahrt für den Individualverkehr zwischen Kunsthallen-Neubau und Kinocenter als Einbahnstraße vom Theodor-Heuss-Platz zur Straße am Alten Hafen ist sicherzustellen.

Bremerhavens Geschichte erlebbar machen

Bremerhaven ist eine relativ junge Stadt. Deswegen muss zukünftig mit ihren stadthistorischen Zeugnissen äußerst sorgsam umgegangen werden. Bei den Projekten sind insbesondere Fachleute für Denkmalschutz, Stadtgeschichte und Industriearchäologie mit einzubeziehen.

- Entwicklung und Umsetzung eines stadthistorischen Stadtinformationssystems.
- Wir erwarten die Weiterentwicklung einer stadtplanerischen Gesamtkonzeption für den Geesteabschnitt von der Kennedy-Brücke bis zur Geestebrücke unter Einbeziehung des ehemaligen Wencke-Docks als touristisches Beispiel des historischen Schiffsbaus in Bremerhaven, Einbeziehung der Seebeck-Villa und des ehemaligen Wartehäuschens an der Geestebrücke in Hinblick auf die Wiederherstellung der historischen Fassade bis Ende des Jahres.
Wir werden eine kleinteilige Umsetzung des Wencke-Dock-Projektes unterstützen. Ein entsprechendes Konzept ist bis zum Ende des Jahres vorzulegen.
- Erhalt und Sicherung von historischen Objekten wie dem Zollzaun.

Entwicklung eines modernen Verkehrskonzepts für Bremerhaven

Bremerhaven hat sich vom Norden zum Süden massiv verändert. Allein durch die touristische Entwicklung im Alten/Neuen Hafen, dem boomenden Containerverkehr im Norden unserer Stadt sowie die industrielle Entwicklung (Offshore-Windenergie) im Süden wird deutlich, dass Bremerhaven verkehrlich vor neuen Herausforderungen steht, die durch ein modernes Verkehrskonzept bewältigt werden müssen.

Eine moderne Verkehrskonzeption für Bremerhaven und die betroffenen Stadtteile wird von externen Fachleuten und Gutachtern entwickelt und mitbegleitet. Hierbei ist auch die Weiterentwicklung des Radwegenetzes Bremerhaven zu berücksichtigen.

Bis zur Bewertung des Planfeststellungsverfahrens und der daraus resultierenden Beschlussfassung zur Trassenführung ist der Verkehr auf der Cherbourger Straße zwischen Überseehafen und BAB 27 so zu steuern, dass verkehrliche Probleme weitgehend vermieden werden können. Dabei ist auch die Bevorrechtigung des ÖPNV in diesem Bereich zeitlich begrenzt zurück zu stellen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Der moderne ÖPNV ist auf dem jetzigen komfortablen Stand zu erhalten. Mögliche Kooperationen des Verkehrsunternehmens VGB mit anderen Partnern sind im Interesse der Beibehaltung und Erweiterung der Mobilität der Bremerhavener Bevölkerung auch hinsichtlich der besseren Anbindung an den Fernverkehr zu unterstützen.

Bis zum Jahr 2010 ist im SPNV die begonnene Maßnahme der Sanierung des Hauptbahnhofs zu einem barrierefreien, kunden- und besucherfreundlichen Verkehrsknotenpunkt fortzusetzen.

Die Einrichtung einer zentralen Fahrradstation mit Dienstleistungen rund um das Rad wird zur Steigerung der Attraktivität des Hauptbahnhofs unter Einbeziehung von Privaten umgesetzt.

Auch die Erweiterung des Park and Ride Platz inklusive Fahrräder am Bahnhof Lehe wird in dieser Wahlperiode angegangen.

Aktive Umweltpolitik für Bremerhaven

Für eine nachhaltige Entwicklung unserer Lebenstätigkeit spielt Umwelt-Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Die ökologisch-orientierte Wirtschaftsweise, Entwicklung integrierter Lösungen unter Berücksichtigung des gesamten Produktionslebens und die Erschließung wachstumsstarker globaler Märkte der Zukunft sind wesentliche Voraussetzungen für die langfristige Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Jede Wirtschaftstätigkeit ist auch mit Auswirkungen auf die Umwelt verbunden. Dabei werden je nach Branche und Betätigung die Natur und die verschiedenen Umweltmedien Wasser, Boden und Luft in unterschiedlicher Form und Ausprägung belastet.

Um die Umwelt mit ihren natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen zu erhalten, haben neben dem Ordnungsrecht mit seinen Gesetzen und Verboten ökonomische Instrumente, Förderprogramme und freiwillige Selbstverpflichtung zwischen Industrie und Politik an Bedeutung gewonnen.

Als Stadt an der Küste sind wir besonders von der globalen Erwärmung betroffen, daher wollen wir unseren kommunalen Beitrag gegen die Klimaveränderung leisten.

Maßnahmen konkret:

- energieeffizientere Gebäudebewirtschaftung,
- Einsatz kraftstoffsparender Fahrzeuge,
- ressourcenschonenderer Energieverbrauch der Verwaltungsbediensteten.

Erste Vorschläge, die von einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe unter Federführung des Wirtschaftsbetriebes Seestadt-Immobilien zu erarbeiten sind, erwarten wir bis Anfang 2008.

Die Möglichkeiten einer Gebäudesanierung durch die Förderung der Kreditanstalt für Wiederaufbau sollen umfangreich ausgeschöpft werden.

Nutzung erneuerbarer Energien

Der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) soll in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent verringert werden.

Auch innerhalb der städtischen Umweltpolitik muss dieses Ziel gelten.

Wir wollen ein Programm mit Einzelmaßnahmen erarbeiten, die unseren städtischen Beitrag dazu dokumentieren.

Die „grünen Lungen“ unserer Stadt werden wir erhalten und weiter ausbauen.

Die Lebensqualität einer Stadt hängt auch von Möglichkeiten ab, Stress abzubauen durch Erholung und Sport in unseren städtischen Parks. Dazu wollen wir den Speckenbütteler Park, den Stadtpark in Lehe und den Bürgerpark behutsam weiterentwickeln. Wir wollen weiterhin ein schonendes Gesamtkonzept für die Parks entwickeln unter Einbeziehung der Wege-Sanierung.

Die Bremerhavener Kleingartenanlagen erfüllen eine wichtige soziale und ökologische Funktion und sind daher städtebaulich besonders wertvoll.

Neben dem Freizeitwert sind sie vor allem für Familien und ältere Menschen ein wichtiger Bestandteil des Alltags. Wir wollen das Kleingartenwesen daher als Teil der städtischen Flächennutzung und des Grünflächensystems wie bisher finanziell und in Bezug auf die Pflege verbundener öffentlicher Flächen auch personell unterstützen.

Bürgerbeteiligung

Die Koalitionspartner verabreden eine Stärkung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den kommunalpolitischen Entscheidungen. Zu diesem Zweck soll geprüft werden, wie durch eine Änderung der ortsgesetzlichen Regelungen beispielsweise das Rederecht von Bürgerinnen und Bürgern in Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung eingeführt werden kann.

Die Quoren für Einwohnerantrag und Bürgerbegehren werden gesenkt. Eine Arbeitsgruppe der Stadtverordnetenversammlung wird bis Ende 2007 einen konkreten Vorschlag hierzu erarbeiten.

Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen wird weiterhin unterstützt. Daher ist es selbstverständlich, dass sie auch zukünftig finanziell abgesichert werden. Der stärkeren Bedeutung der Stadtteilkonferenzen wollen wir außerdem dadurch Rechnung tragen, dass sie bei stadtteilbezogenen Angelegenheiten einbezogen werden.

Bürgerfreundlichkeit und Bürgerorientierung sind darüber hinaus wichtige Aspekte von E-Government. Die bisherigen Aktivitäten wie z.B. die Bereitstellung elektronischer Formulare mit und ohne elektronische Unterschrift (Signatur), die Online-Suche von Fundsachen, die Online-Recherche im Buchbestand der Stadtbibliothek, die elektronische Melderegisterauskunft, die Reservierung des Wunschkennzeichens, die Ticket-Onlinebuchung des Stadttheaters sind konsequent fortzusetzen und weiter auszubauen.

Gesundheit

Das Gesundheitswesen gehört zu den Kernbestandteilen öffentlicher Daseinsvorsorge. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich das Gesundheitswesen an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert. Daher wollen wir kommunale Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten erhalten und nutzen.

Neben einer leistungsfähigen und modernen medizinischen Versorgung kommt aufgrund des demografischen Wandels dem Erhalt der Gesundheit und der Gesundheitsprävention ein hoher Stellenwert zu.

Zukunftsfähigkeit der Krankenhäuser

Eine erforderliche Neustrukturierung des Klinikums Bremerhavens erfolgt unter folgenden Prämissen:

- Erhalt des Klinikums Bremerhaven in kommunaler Trägerschaft
- Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit
- Sicherung einer hochwertigen und wohnortnahen Versorgung
- Einbeziehung und Berücksichtigung von Mitarbeiterprozessen
- Sicherung und Ausbau des Krankenhauses als Standort der Maximalversorgung

Das Klinikum Bremerhaven wird zu einem Gesundheitspark ausgebaut, in dem auch die Berufsausbildung der Gesundheitsfachberufe konzentriert und erweitert wird. Wir werden uns für eine Steigerung der Landesfördermittel einsetzen, um dem Investitionsstau am Klinikum Bremerhaven abzuhelpfen.

Das St. Joseph-Hospital und das Krankenhaus am Bürgerpark sind wichtige Bestandteile Bremerhavener Gesundheitspolitik. Wir erwarten vom Land, dass die im April 2007 getroffene Strukturvereinbarung der Träger durch das Land finanziert wird.

Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft

Wir wollen Bremerhaven als bedeutsamen gesundheitlichen Versorgungsstandort profilieren. Gesundheitswirtschaft ist als Zukunftsmarkt Innovationsfeld und Arbeitsplatzfaktor von hoher Bedeutung. Die Potentiale, die der Gesundheitssektor für den Standort bietet, sind auch in Zukunft konsequent für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen.

Gesundheitsförderung und Prävention

Wir setzen uns für eine verstärkte Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung unter den Aspekten Ernährung und Bewegung in unseren Schulen und Kindergärten ein.

Wir werden auf der Basis unserer guten Erfahrungen mit den geschlechtsspezifischen Angeboten der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung die bestehenden Strukturen fortführen und weiterentwickeln.

Die öffentlich geförderten Gruppen und Projekte der Selbsthilfegruppen, wie auch der Frauengesundheit, sollen wie bisher fortgeführt werden.

Palliativmedizin und Hospiz

Es ist zu prüfen, wie ein stationäres Hospiz in Bremerhaven mit ausreichender Patientenzahl unter Einbeziehung der interessierten Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch eingerichtet werden kann.

Drogenpolitik

Das mit den Verantwortlichen geeinte Drogenkonzept wird weiter umgesetzt.

Öffentliche Sicherheit

Bereich Polizei

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist ein wichtiges Gut für die Lebensqualität in Bremerhaven. Polizeiliche Arbeit soll dieses Ziel unterstützen. Die Koalition wird daher die materiellen und personellen Voraussetzungen für diese Arbeit gewährleisten.

Die kommunale Polizei Bremerhaven hat sich bewährt.

Die Koalition erwartet vom Land, dass Bremerhaven wie Bremen mit vergleichbaren personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet wird, auf der Grundlage der zwischen Bremen und Bremerhaven vereinbarten Zielzahlen.

Auch in den nächsten Jahren wird die Polizei gefordert sein, sich den ändernden gesellschaftlichen Bedingungen, der Kriminalitätsentwicklung und den vorgegebenen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen anzupassen. Wir werden die Weiterentwicklung der Polizei als ständige Aufgabe begleiten und unterstützen.

Die Bekämpfung der Kinder- und Jugend- und Straßenkriminalität muss auch künftig ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit sein. Zu ergänzen ist dieser Bereich mit einer vernetzten Bekämpfung der vorhandenen Drogenproblematik.

Das Gremium „Präventionsrat Bremerhaven“ ist zu stärken und die Kooperation von Stadt und Verbänden ist weiterhin zu vertiefen. Moderne bürgernahe Polizeiarbeit erfordert die Schaffung von kommunalen Sicherheitsnetzwerken.

Wir werden Projekte zur Gewaltprävention besonders fördern. Das Projekt „Mut gegen Gewalt“ breitet sich in unserer Stadt weiter aus. Wir wollen, dass sich alle Stadtteile hieran beteiligen. Für den „Präventionsrat Bremerhaven“ soll eine eigene Haushaltsstelle mit Mitteln (10.000 Euro p.a.) bereitgestellt werden.

Wir wollen eine saubere Stadt. Um die Sauberkeit im Stadtteil Mitte und in den Stadtteilzentren durchzusetzen, wollen wir in den nächsten Jahren auch einen verstärkten Einsatz von Ordnungskräften gewährleisten. Dabei sind die Möglichkeiten des Ortsgesetzes voll auszuschöpfen.

Hinsichtlich der Sanierung des letzten Abschnitts des Stadthauses 6 wird der Magistrat diese Investitionsmaßnahme als oberste Priorität beim Innensenator zur Finanzierung anmelden.

Das Revier Leherheide bleibt erhalten. Wir werden eine starke Polizeipräsenz auch und insbesondere in den Nachtstunden auf den Straßen Leherheides sicherstellen.

Eine polizeiliche Ansprechstation soll im Stadtteil Mitte erhalten bleiben.

Bereich Feuerwehr

Die Koalition wird sich dafür einsetzen und die entsprechenden Mittel bereitstellen, dass die Bremerhavener Feuerwehr die schwierigen Aufgaben zur Brand- und Katastrophenbekämpfung und im Rettungswesen jederzeit optimal erfüllen kann.

Wir begrüßen das Vorhaben einer gemeinsamen Feuerwehr- und Rettungsleitstelle mit dem niedersächsischen Umland, sowie die Einführung des Digitalfunks bei Polizei und Feuerwehr, wobei wir erwarten, dass das Land die Kosten für die Einführung übernimmt.

Durch Förderung des Ehrenamtes und Unterstützung der Einrichtung von Jugendfeuerwehren wird die Koalition die Freiwilligen Feuerwehren stärken.

Kultur

Kunst und Kultur sind wesentliche Voraussetzungen für die Identifikation der Menschen mit ihrer (Heimat)Stadt. Außerdem besitzt Kultur einen starken Eigenwert. Wir werden die kulturelle Vielfalt Bremerhavens durch verlässliche politische Rahmenbedingungen schützen, in dem folgende Einrichtungen abgesichert werden:

1. Der Fortbestand des dreispartigen Stadttheaters ist zu sichern. Der jährliche Zuschuss wird weiterhin auf den bereits bestehenden Betrag von 2003 festgeschrieben.
2. Der Fortbestand des Theaters im Fischereihafen ist zu sichern. Um die nötige Planungssicherheit zu garantieren, ist für die Dauer der Legislaturperiode ein um 60.000 Euro erhöhter Mittelansatz in den Haushaltsplänen einzustellen.
3. Wir unterstützen die Reattraktivierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums.
4. Absicherung des Betriebes des Kunstmuseums.
Der Kunstverein Bremerhaven betreibt ab 2007 das neu errichtete Kunstmuseum, wodurch für den Verein zusätzlich aufzubringende Betriebs- und Personalkosten entstehen. Zusätzlich zu dem bisherigen Zuschuss erhält der Kunstverein weitere 100.000 Euro.
5. Die Arbeit der Kulturläden Grünhöfe und Wulsdorf wird auf dem bisherigen Niveau abgesichert.
6. Für den Bereich der unabhängigen Bremerhavener Jugendkultur (inkl. Aktivität der Jugendmusikschule und des Jugendwerkes für Bildende Kunst) wird ein neues zukunftsfähiges Konzept entwickelt. Die Arbeit des Rock-Cyclus wird weiter unterstützt. Es wird geprüft, wie dauerhafte Räumlichkeiten für Proben und Auftritte bereitgestellt werden können.
7. Unabdingbar für eine positive Weiterentwicklung dieses Bereiches sind freie Kulturinitiativen, Verbände und Vereine (wie z. B. Kunst und Nutzen in der Gartenstraße, Thieles Garten und das Tanzprojekt Taps). Die bisher dafür zur Verfügung stehenden Mittel werden aufgestockt. Die Mittel für den Kulturtopf werden gesichert.
8. Das Kulturamt wird gebeten, bis Ende des Jahres ein Konzept zum Aufbau eines eigenständigen kulturellen Stadtmarketings mit dem Ziel der Bündelung aller Marketingaktivitäten vorzulegen.
9. Der Kulturbereich muss bei der Bremerhaven Werbung stärker berücksichtigt werden.
10. Es soll geprüft werden, ob Empfängern und Empfängerinnen von ALG II- oder Hartz IV-Leistungen durch eine „Kultur-Karte“ der Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtert werden kann.

Sport und Freizeit

Der organisierte Vereinssport mit seinen vielen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern ist ein wichtiger Bestandteil der Bürgergesellschaft in unserer Stadt. Die Koalition setzt sich für die verlässliche Sicherstellung der Grundlagen für den Sport in Bremerhaven ein, damit Bremerhaven eine Sportstadt bleibt, in der der Breitensport genauso gefördert wird wie der Spitzensport, der nationalen und internationalen Ruf genießt.

Die Koalition wird auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass den Vereinen entsprechende Haushaltsmittel und Mittel aus den Wettmittleinnahmen bereitgestellt werden, damit die Sportvereine ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Sportplatzpflege der städtischen Bremerhavener Sportstätten obliegt den jeweiligen Sportvereinen und wird weiter gefördert. Die Finanzierung der Entgelte für Übungs- und Organisationsleiter wird garantiert.

Die kommunalen und vereinseigenen Sportstätten sind ein entscheidender Eckpfeiler der Sportstruktur in Bremerhaven. Wir werden die Sanierung der Sportstätten weiter fortsetzen und – wo möglich – auf alternative Energieressourcen umstellen.

Die Koalition unterstützt im Rahmen Ihrer Möglichkeiten alle Bemühungen für moderne Vereins- und Verbandsstrukturen und unterstützt insbesondere die Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für alle Bereiche des Sports. Die Koalition wird die Sportvereine bei der Aufrechterhaltung des bestehenden sportlichen Angebotspektrums weiter unterstützen.

Wir werden benachteiligten Kindern und Jugendlichen die Mitgliedschaft in Vereinen weiterhin ermöglichen.

Der Neubau der Eishalle Bremerhaven wird zügig umgesetzt.

Frauen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wichtiger gesellschaftlicher Auftrag und längst noch nicht in allen Bereichen gesellschaftliche Realität. Wir verstehen Gleichstellungspolitik als echte Querschnittsaufgabe, bei der die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) eine wichtige Rolle spielt. Zur Absicherung ihrer Arbeit in Bremerhaven streben wir eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Bremen an, die eine gerechte Verteilung der kommunalen Mittel beider Städte gewährleistet.

Zur Beseitigung nach wie vor bestehender struktureller Benachteiligungen von Frauen werden die notwendigen gezielten Maßnahmen zur Frauenförderung durchgeführt werden. Dabei muss Gleichstellungspolitik die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zum Ziel haben, z.B. durch Maßnahmen der Qualifizierung, Existenzgründungsprogramme und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Weil Frauen sowohl von Arbeitslosigkeit als auch vom Risiko, durch Erwerbsarbeit kein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen besonders betroffen sind, werden ausbildungs- und arbeitsmarktpolitische Instrumente und Maßnahmen gefördert, die die spezielle Situation von Frauen z. B. durch zeitlich flexible und Teilzeitmaßnahmen berücksichtigen. Diese Maßnahmen zielen auch auf Frauen, die keine Leistungen nach SGB II, SGB III oder SGB XII beziehen.

Wir werden Maßnahmen zur Ausweitung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen unterstützen.

Gewalt gegen Frauen (z.B. häusliche Gewalt und Frauenhandel) werden wir konsequent bekämpfen und durch geeignete Prävention so weit wie möglich verringern. Die Beratung für die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution wird fortgesetzt.

Das gerade errichtete „Frauenforum Gesundheit“ wird abgesichert.

Bei der psychiatrischen Versorgung werden wir die speziellen Belange von Frauen berücksichtigen.

Wir werden bei der Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes insbesondere darauf achten, dass

- Teilzeitarbeitsplätze auch für Leitungsfunktionen eingerichtet und
- Frauen durch Fortbildungsangebote gezielt auf Führungsfunktionen vorbereitet werden.

Der Prozess des „Gender Mainstreaming“ wird weiter unterstützt. Der Fachbeirat für Frauenbelange wird weiterhin fortgeführt und von uns unterstützt.

Menschen mit Behinderungen

Alle Menschen - mit und ohne Behinderung - sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir treten jeder Form von Diskriminierung und Ausgrenzung entgegen und setzen uns für ein gemeinsames Leben in Bremerhaven ein.

Wir werden den Ausbau von Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen sowie im ÖPNV und insbesondere auch bei Projekten städtischer Gesellschaften weiter vorantreiben. Besonderes Augenmerk richten wir hierbei auch auf die neuen öffentlichen Bauprojekte am Alten/Neuen Hafen, Hauptbahnhof und andere.

Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Einrichtungen der Tagesbetreuung ist uns ein besonderes Anliegen.

Gerade für ältere Menschen mit Behinderungen müssen neue Wohn- und Lebensformen entwickelt werden um ihnen alle Möglichkeiten für ein Altwerden in Würde zu eröffnen.

Verwaltungsmodernisierung

Um den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes Dienstleistungs- und Serviceunternehmen zu bieten, ist der Prozess der Verwaltungsmodernisierung weiterhin fortzusetzen. Hierfür werden seitens der Koalitionsparteien zukünftig nachstehende Handlungsschwerpunkte verfolgt:

1. Gewährleistung eines einheitlichen Internetauftritts
Im Sinne eines einheitlichen Standortmarketings und zur Gewährleistung eines einheitlichen Corporate Identity für die Stadt Bremerhaven haben alle Ämter und Einrichtungen im Bereich der Verwaltung grundlegende und einheitliche Gestaltungskriterien (Struktur der Navigation, Layout, Design und Barrierefreiheit) zu berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere auch, dass diese Internet-Auftritte grundsätzlich unter der „bremerhaven.de“ zu realisieren sind.
2. Stärkung des Ehrenamtes/Bürgerschaftlichen Engagement
Ziel ist es, auch weiterhin, Hemmnisse für bürgerschaftliches Engagement abzubauen, zu einer neuen politischen Kultur der Anerkennung beizutragen und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiterhin kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die Weiterentwicklung der Darstellung der entsprechenden Einrichtungen, Institutionen, Vereine usw. auf der Internetseite der Stadt und im Bürgernetz.
3. Organisation der Straßenreinigung und der Pflege des öffentlichen Grüns unter einem Dach
Im Zuge der Kundenfreundlichkeit sind die Leistungen der Straßenreinigung und der Grünflächenpflege zukünftig aus einer Hand anzubieten. Die Koalition erwartet vom Magistrat einen entsprechenden Vorschlag bis zum 31.12.2007.

Personal

1. Besetzung der Bewertungskommission „Verwaltungsbeamte“
Beim Magistrat der Stadt Bremerhaven werden die Beamtenplanstellen auf der Grundlage eines Magistratsbeschlusses aus dem Jahr 1986 nach dem analytischen Bewertungssystem der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) bewertet. Zur Durchführung der Bewertungen hat der Magistrat eine Bewertungskommission eingesetzt, die derzeit drei Verwaltungsbeamte umfasst. Künftig soll sich die Bewertungskommission aus fünf Mitgliedern zusammensetzen.
2. Ausbildungsquote
Es wird angestrebt, die derzeit erreichte Ausbildungsquote (ca. 7,5%) für den Bereich des Magistrats, einschließlich Wirtschafts- und Eigenbetriebe, beizubehalten.

3. Auswahlentscheidungen bei Amtsleiter- und Abteilungsleiterfunktionen
Bei der Besetzung von Amtsleiter- und Abteilungsleiterfunktionen (außer Magistratsdirektor und Direktor der Ortspolizeibehörde) steht dem zuständigen Dezernenten ein Vorschlagsrecht zu.
4. Verbesserung der Familienfreundlichkeit
Durch die Teilnahme des Magistrats am audit berufundfamilie® soll für alle Beschäftigten der Status quo der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermittelt, ergänzt und transparent gemacht werden. Ziel ist es, eine Balance zwischen den Beschäftigteninteressen und den Belangen des Magistrats zu erreichen. In diesem Zusammenhang sind Projekte zum Beispiel zu den Themen Arbeitsort, Personalentwicklung sowie Service für Familien durchzuführen. Mit der Teilnahme am Auditierungsverfahren strebt der Magistrat eine Vorbildfunktion für ansässige Unternehmen und Institutionen an.

Zusammenarbeit der Koalitionsparteien

In der Stadtverordnetenversammlung hat jede Koalitionsfraktion das Recht, nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Koalitionspartner Anträge eigenständig einzubringen. Vor Anfragen gem. § 36 und 36 a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist der Koalitionspartner rechtzeitig zu informieren. Beide Koalitionsfraktionen verpflichten sich, im Rahmen der Koalitionsvereinbarung und der zusätzlich vereinbarten Politik in der Stadtverordnetenversammlung, ihren Ausschüssen, im Magistrat sowie in den Verwaltungs-, Aufsichts- und Beiräten nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Stadtverordneten bleibt unberührt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in den o. g. Gremien keiner der Partner überstimmt wird.

Die in der Koalitionsvereinbarung verabredete Politik wird zur Entscheidung in die Ausschüsse oder in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, wenn einer der beiden Koalitionsparteien dies dem anderen anzeigt.

Es wird ein Koalitionsausschuss aus jeweils vier Personen gebildet. Der Ausschuss wird einberufen, wenn eine der Parteien ihn anruft.

Übrige Vereinbarungen:

- Verteilung der Dezernate
 - SPD (3) Arbeit; Schwerbehinderte; n. n.
 - CDU (2) Sport und Freizeit; EDV, Statistik
 - Grüne (1) Gartenbauamt

Bei den hauptamtlichen Dezernaten behält jede Koalitionspartei die Ressorts, die sie z. Z. hat und erhält das Recht, die jetzigen Inhaber zur Wiederwahl bzw. andere KandidatInnen zur Wahl vorzuschlagen.

Verhandlungskommission

Für die SPD

Siegfried Breuer

Melf Grantz

Martin Günthner

Elias Tsartilidis

Jörg Schulz

Sybille Böschen

Für die CDU

Michael Teiser

Paul Bödeker

Bernd Ravens

Torsten Neuhoff

Heinz-Herbert Grabowski

Thorsten Raschen

Bremerhaven, 27. Juni 2007